



TERRE DES FEMMES e. V. • Brunnenstr. 128 • 13355 Berlin

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Referat AG M4 – Asylrecht und Asylverfahren

Berlin, 24.10.2022

Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Frauenrechtsorganisation möchte TERRE DES FEMMES einzelne Aspekte des Gesetzesentwurfs zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren von einer feministischen Perspektive beleuchten.

TERRE DES FEMMES begrüßt, dass die Asylverfahrensberatung zukünftig behördenunabhängig durchgeführt werden soll. Einerseits wird so die Unabhängigkeit der Beratung gewährleistet, andererseits ist es besonders bei individuellen Beratungen wichtig, dass Informationen nicht ausschließlich von Behörden vermittelt werden. Asylsuchende haben in ihren Herkunftsländern multiple Verfolgungs- und Diskriminierungserfahrungen seitens staatlicher Strukturen gemacht. In vielen Herkunftsländern setzen staatliche Institutionen sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen ein; Mädchen und Frauen sind sexualisierten Übergriffen von Sicherheitskräften ausgesetzt. Aus diesen Gründen besteht teilweise nur wenig Vertrauen und unter Umständen große Angst, Gewalterfahrungen gegenüber staatlichen Mitarbeitenden zu äußern. Auch Vulnerabilitäten, die für das Asylverfahren von großer Bedeutung sind, werden aus diesem Grund gegenüber staatlichen Stellen seltener geäußert.

Wichtig ist, dass die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung für Asylsuchende klar erkennbar ist. Hilfreich sind neben einer institutionellen und personellen auch eine räumliche Trennung. Gleichzeitig muss der Zugang zur unabhängigen Beratung durch entsprechende Information und Erreichbarkeit sichergestellt werden.

Eine unabhängige individuelle Beratung ist essenziell, damit Asylsuchende einschätzen können, welche Informationen im Rahmen ihres Asylantrags relevant sind. Dies ist insbesondere für Mädchen und Frauen wichtig, die darüber informiert werden müssen, dass sie geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund geltend machen können. Hierzu zählen beispielsweise weibliche Genitalverstümmelung oder sexualisierte Gewalt. Mädchen und Frauen ist nicht immer bewusst, dass es sich um Menschenrechtsverletzungen handelt, die einen Asylgrund darstellen können. Der Prozentsatz von



Genitalverstümmelung ist in einigen Ländern wie Somalia¹ so hoch, dass Genitalverstümmelung als Normalität betrachtet wird und es keine bzw. nicht ausreichend Aufklärung gibt.

Beschleunigte Asylverfahren bergen die Gefahr, dass Mädchen und Frauen mit besonderen Schutzbedarfen nicht ausreichend Zeit haben, diese zu äußern oder sich bewusst zu sein, dass es sich um geschlechtsspezifische Gewalt handelt. Nach der Ankunft und vor der Anhörung benötigen sie nicht nur Zeit, um an diese Informationen zu gelangen, sondern auch um die Fähigkeit und das Selbstvertrauen (wieder) zu erlangen, um über traumatischen Erfahrungen zu sprechen.

Asylantragstellende müssen wissen, dass sie zu jedem Zeitpunkt während des Asylverfahrens ihren Schutzbedarf geltend machen können. Auch über ihr Recht auf eine Entscheiderin und eine Dolmetscherin bei geschlechtsspezifischer Verfolgung müssen Mädchen und Frauen aufgeklärt werden.

Kritisch sehen wir die geplante neue Rechtsgrundlage für Videoanhörung und -sprachmittlung. Anhörungen digital durchzuführen oder SprachmittlerInnen online hinzuzuziehen, erschwert im Gegensatz zur persönlichen Anwesenheit das Vertrauensverhältnis, das für die Darlegung und Schilderung geschlechtsspezifischer Gewalt notwendig ist.

TERRE DES FEMMES fordert, dass alle am Asylverfahren beteiligten Personen ausreichend und kontinuierlich über geschlechtsspezifische Verfolgung und die Durchführung von geschlechtssensiblen Anhörungen geschult werden müssen.

Gleiches gilt für die (unabhängigen) AsylverfahrensberaterInnen. Auch sie müssen geschult und sensibilisiert werden, sodass sie geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen möglichst frühzeitig erkennen.

Positiv anzumerken ist, dass Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen zukünftig nur noch anlassbezogen erfolgen sollen. Eine einfache Sicherheitsüberprüfung bei Neueinstellungen von BAMF-Personal ist ebenfalls begrüßenswert. Mögliche Risiken, dass Personen mit extremen Anschauungen eingestellt werden oder dass sensible personenbezogene Daten in die Hände von Verfolgerstaaten gelangen, können minimiert und verhindert werden.

¹ 98 Prozent der Mädchen und Frauen zwischen 15 und 49 Jahren in Somalia sind genitalverstümmelt.
<https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/themen/weibliche-genitalverstuemmung/unser-engagement/aktivitaeten/genitalverstuemmung-in-afrika/fgm-in-afrika/1430-somalia>